

Antrag 2020/U/4
AG 60plus Rheinland-Pfalz

Empfehlung der Antragskommission
Überweisen an: Bundestagsfraktion

Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Energiewende: Bundesebene

1 Die Bedrohung der natürlichen Lebens-
2 grundlagen für Menschen, Tiere und Pflan-
3 zen, durch den vom Menschen verursach-
4 ten Klimawandel ist eine der größten Her-
5 ausforderungen für die Gesellschaft in der
6 Gegenwart und der nahen Zukunft.

7 Auf dem Spiel steht die Überlebensgrund-
8 lage vieler Arten!

9 Wir alle, von der UN über die EU, den
10 Bund, die Bundesländer, die Kommunen
11 und die Wirtschaft bis hin zu den Bürge-
12 rinnen und Bürgern, sind verantwortlich für
13 die Maßnahmenfindung und -umsetzung
14 zum Klimaschutz und für die Energiewen-
15 de, um die Bedrohung so gering wie mög-
16 lich zu halten. Deshalb stellen wir folgende
17 Forderungen:

18 1. *Klimaschutz/Energiewende-*
19 *Gesetzgebung*

20 Das neue EU-Gesetzespaket "Saubere Ener-
21 gie für alle Europäer" vom Juni 2018 muss
22 zügig in nationales Recht im Klimaschutz-
23 gesetz umgesetzt werden.

24 Der Klimaschutzplan muss effektiv gestal-
25 ten und umgesetzt werden: Zielvereinba-
26 rungen mit Bundesländern abschließen,
27 nationale CO2-Steuer z.B. nach Vorbild der
28 Schweiz (Bonus-Malus-System) einführen.

29 Die Wirtschaft muss gesetzlich, entspre-
30 chend ihrer mengenmäßigen Bedeutung,
31 zu mehr Klimaschutz/Energiewende ver-
32 pflichtet werden. Um Wettbewerbsverzer-
33 rungen zu vermeiden, ist auf europäischer
34 Ebene eine Lösung zu finden. Notwendig
35 wäre eine weltweite Vereinbarung.

36 1. *Ausbau Erneuerbare Energien*

37 Die Deckelung nach EEG §4 muss aus
38 dem Gesetz gestrichen werden (Marktwirt-
39 schaft für EE herstellen!), weil sich die Wett-
40 bewerbsposition der Erneuerbaren (Wind,
41 Sonne) ggü. den Fossilen umgekehrt hat,
42 obwohl externe Kosten (Klimaschäden, Ge-
43 sundheitsschäden etc.) noch nicht berück-
44 sichtigt sind.

45 Der Ausbaupfad muss quantitativ und qua-
46 litativ so entwickelt werden, dass der ge-
47 samte Energiebedarf zu 100 % aus Regene-
48 rativen gedeckt wird.

49 Die bestehenden Netze müssen optimiert
50 werden, intelligentere und dezentrale Al-
51 ternativen sind vorrangig zu realisieren.

52 Die EEG-Umlage muss auf alle Schultern
53 verteilt werden. Es darf, wenn überhaupt,
54 nur noch ganz wenige Ausnahmen geben.
55 Der Ausbau der EE muss so gesteuert wer-
56 den, dass Investitionen, Nutzen und Kosten
57 sozialverträglich auf alle Schultern verteilt
58 werden.

59 1. *Ausbau des Eigenverbrauchs* Die Ab-
60 gabenbelastung und die Bürokratie
61 beim Eigenverbrauch sind zu eli-
62 minieren gemäß EU-Gesetzespaket
63 "Saubere Energie für alle Europäer"
64 vom Juni 2018. Dabei soll es keine
65 Deckelung auf 30 kWp geben.

66 2. *Verpflichtung der Wirtschaft* Die Po-
67 litik muss das Wohl der Allgemein-
68 heit einfordern: „Eigentum verpflich-
69 tet“ GG Art. 14.

70 Der Gesetzgeber muss die Wirtschaft zu
71 wirksamen Vereinbarungen mit Sanktio-
72 nen drängen. Darüber hinaus muss auch
73 die direkte Projekt-Förderung gestärkt
74 werden, z.B. durch Ausbau der Mittel-
75 standsinitiative Energiewende, die sich
76 nicht auf Dialog, Beratung und Qualifizie-

77 rung beschränken sollte. Ohne finanzielle
78 Steuerungsanreize (direkte/steuerliche
79 Förderung in Verbindung mit Abgaben)
80 wird es in Industrie und Gewerbe keine
81 nennenswerte Energiewende geben.

82

83 **Begründung**

84 zu 1. *Klimaschutz/Energiewende-*
85 *Gesetzgebung*

86 Die Energieagenda der Bundesregierung ist
87 sehr komplex: Die Gesetzes- und Verord-
88 nungsparagrafen haben sich, seit der Libe-
89 ralisierung (1998) von 500 auf heute mehr
90 als 10.000 verzwanzigfacht!

91 Erneuerbare werden zugunsten fossiler
92 "Dinosaurier" ausgebremst.

93 CO₂-Reduktionsziele 2020 (40 %) werden
94 verfehlt. Der Nationale Klimaschutzplan ist
95 bisher wenig effektiv.

96 Das europäische Emissionshandelssystem
97 EU-ETS war trotz einiger Anpassungen we-
98 nig erfolgreich. Erkannte und dringend not-
99 wendige Reformen scheiterten bisher am
100 Widerstand der EU-Länder.

101 Die Wirtschaft ist nicht ihrer Bedeutung
102 nach beim Klimaschutz/Energiewende ge-
103 setzlich eingebunden (siehe auch Pkt. 2.
104 und 4)

105 zu 2. *Ausbau Erneuerbare Energien*

106 Der Ausbau der Erneuerbaren bleibt weit
107 hinter dem Notwendigen zurück, insbeson-
108 dere das EEG 2017 behindert den Ausbau:
109 Der Ausbaupfad nach EEG §4 mit "Ober-
110 grenzen" ist ein Rückfall in die Planwirt-
111 schaft. D.h., die kostengünstigste Energie-
112 erzeugung wird durch die Deckelung aus-
113 gebremst.

114 Mit diesem Ausbaupfad werden wir erst ca.
115 2150 den vollständigen Energiebedarf mit
116 Regenerativen decken können.

117 Auch ein verzögerter Netzausbau ist kein
118 Grund, den Ausbau der EE zu verzögern.

119 Die EEG-Umlage wird hauptsächlich von
120 den Haushalten, der Kleinindustrie und
121 GDH getragen. Die Industrie mit großem
122 Energiebedarf wird aus "internationalen
123 Wettbewerbsgründen" von der Umlage be-
124 freit, profitiert jedoch als "Großeinkäufer"
125 von den durch die Regenerativen verur-
126 sachten niedrigen Börsenpreisen.

127 *zu 3. Ausbau des Eigenverbrauchs*

128 Der Eigenverbrauch ist mit Steuern und Ab-
129 gaben belastet und damit behindert.

130 *zu 4. Verpflichtung der Wirtschaft* Der End-
131 energieverbrauch in D (2016) beträgt 9.152
132 PJ (entspricht 2542 TWh). Davon entfallen
133 auf die 4 Sektoren: Industrie 28,2%, Verkehr
134 29,5%, Haushalte 26,2% und GDH (Gewer-
135 be, Dienstleistungen, Handel) 16,2%. Der
136 Wirtschaft sind davon fast 60% zuzuord-
137 nen: Industrie 28,2%, Verkehr ca.15%, und
138 GDH 16,2%. D.h., die Wirtschaft ist damit
139 auch der größte Verursacher für die CO₂-
140 Produktion.

141 Profit-Maximierungsziele haben
142 klaren Vorrang vor Klimaschutz-
143 /Energiewendezielen. Festgelegte Ziele
144 und Vereinbarungen werden häufig nicht
145 eingehalten (z.B. im Mobilitätsbereich).
146 Verlust von Arbeitsplätzen oder Verla-
147 gerung von Produktionsstandorten ins
148 Ausland dienen als Drohkulisse.

149 Die aufgeführten Maßnahmen mit Begrün-
150 dungen wurden bei der Klausurtagung der
151 AG 60plus-RLP am 22./23.10,2018 zu-
152 sammengestellt und basieren auf der
153 „Landauer Erklärung“, die gemeinsam mit
154 Bundestags-/Landtagsabgeordneten und
155 Vertretern der kommunalen Ebene sowie
156 Energieexperten aus der Südpfalz beim

157 Runden Tisch am 21.09.2018 verabschiedet
158 wurden.